

## PRESSEINFORMATION

Potsdam, 15. Februar 2012

Der Brandenburger Landtag wird sich in seiner nächsten Sitzung am 22. / 23. Februar mit folgenden **parlamentarischen Initiativen der Koalition** befassen: (Stand 15. Februar 2012)

Aktuelle Stunde der SPD - Fraktion DIE LINKE in DS 5 /4756

### **Energieuniversität Lausitz: Die Chance für den Wissenschaftsstandort**

Antrag der Koalition in DS 5 /4761

### **Für eine sozial gerechte Steuerpolitik ohne neue Schulden: Steuersenkungen zu Lasten der öffentlichen Haushalte im Bundesrat ablehnen**

#### **Aus der Begründung:**

...**Zur** Umsetzung der von der Bundesregierung beabsichtigten Steuerpolitik müssten daher auch Länder und Gemeinden weitere Kürzungen oder anderweitige Steuererhöhungen vornehmen, denn sie erhalten ebenfalls ihren im Grundgesetz garantierten Anteil von den Einkommenssteuereinnahmen. **Die** Finanzierung der notwendigen Bereitstellung öffentlicher Leistungen – in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Bildung und Forschung und nicht zuletzt auch bei der kommunalen Infrastruktur und inneren Sicherheit – würde weiter in Frage gestellt...

...Um das strukturelle Defizit in den öffentlichen Kassen auszugleichen und Handlungsspielräume zur Umsetzung der Schuldenbremse und Abbau der Staatsverschuldung zu erhalten, sollten nach den Steuerentlastungen der vergangenen Jahre die Leistungsfähigen durch eine Anpassung des Spitzensteuersatzes einen angemessenen Beitrag an der Gestaltung des Gemeinwesens leisten. Wenn Deutschland von den europäischen Partnern verlangt, dass die Konsolidierung der Haushalte Vorrang vor Steuerentlastungen haben soll, dann muss es auch mit gutem Beispiel vorangehen...

Antrag der Koalition in DS 5 /4763

### **Arbeitslosenversicherung als primäre Sicherung für Arbeitlose stärken**

**Aus der Begründung:**

...Mit der Verkürzung der Rahmenfrist, in der Beschäftigungszeiten für Ansprüche auf Arbeitslosengeld geltend gemacht werden können, von 36 auf 24 Monate im Zuge der Hartz-Reformen können Beschäftigte in vielen Fällen keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld mehr aufbauen. Rund ein Viertel der Neuzugänge in Arbeitslosigkeit fallen deshalb sofort in die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Das gilt insbesondere für instabile Beschäftigungsverhältnisse, wie Befristungen mit kurzer Dauer, Saisonarbeit oder Leiharbeit.

Eine Anhebung der Rahmenfrist bei gleichzeitiger Verkürzung der Anwartschaftszeit würde die soziale Absicherung dieser Beschäftigtengruppen verbessern.

Antrag der Koalition und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in DS 5/ 4765

**Auf das Flughafenasylverfahren verzichten - Flughafenasylverfahren abschaffen!**

**Aus der Begründung:**

Das Flughafenverfahren wurde 1993 eingeführt. Es wird derzeit in der Bundesrepublik Deutschland lediglich an den Flughäfen Berlin-Schönefeld, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München durchgeführt. Menschenrechtsverbände, Kirchen und Flüchtlingsräte fordern seit Jahren die Abschaffung des Flughafenverfahrens, da es sich in humanitärer Hinsicht aber auch in der rechtlichen Qualität von dem Asylverfahren, das Flüchtlinge im deutschen Inland durchlaufen deutlich unterscheidet. So sind die Fristen zum Einlegen von Rechtsmitteln sehr kurz und Abschiebungshindernisse werden regelmäßig nicht umfassend geprüft.

Antrag der Koalitionsfraktionen, der Grünen u. der FDP-Fraktion in DS 5 / 4762

**Rabbinerausbildung in Brandenburg stärken**

**Aus der Begründung:**

Brandenburg hat mit dem Abraham Geiger Kolleg eine in Europa einzigartige Institution. In enger Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam ist hier eine herausragende Ausbildungsstätte entstanden. In der Region Berlin-Brandenburg gibt es für die Förderung der jüdischen Wissenschaften wichtige Anknüpfungspunkte an die früheren akademischen Ausbildungsstätten für Rabbinerinnen und Rabbiner in Preußen: das Jüdisch-Theologische Seminar Breslau von 1854 und die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin von 1872, welche bis zur Schließung durch des NS-Terrorregime bestanden.

Mit herzlichen Grüßen

Matthias Beigel  
Pressesprecher SPD-Fraktion

Alexa Lamberz  
Pressesprecherin der Fraktion DIE LINKE